Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 5

Artikel: Zehn Jahre 5. Republik
Autor: Scheuer, Georg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347371

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer (Paris)

Zehn Jahre 5. Republik

Im Mai 1968 ist es zehn Jahre seit dem Putsch, durch den die Vierte Republik gestürzt und General de Gaulle an die Macht getragen wurde. Frankreich stand damals am Rande eines Bürgerkrieges und war von einer offenen Militär- und Polizeidiktatur bedroht. Im Tauziehen zwischen links und rechts fand man sich seither mit einer Kompromisslösung ab. Die herkömmliche parlamentarische Demokratie wurde abgeschafft, eine auf General de Gaulle zugeschnittene Verfassung wurde eingeführt, in bestimmten Fällen mit unbeschränkten Vollmachten für den Staatspräsidenten. Zugleich wurde eine Reihe von demokratischen Freiheiten beibehalten.

Zwischen Demokratie und Diktatur

Diese Zwischenlösung ist aber offensichtlich nur mit der einmaligen Persönlichkeit de Gaulles verbunden, der durch seine Vergangenheit – einerseits nationaler Heros und Repräsentant konservativer Kräfte, andererseits Chef der Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg und Verbündeter der Linksparteien – auch in den letzten zehn Jahren eine Doppelrolle zu spielen versuchte. Die Demokratie wurde beschnitten, vor einer offenen Diktatur schreckte man zurück.

Weder die Links- noch die Rechtsparteien haben sich mit diesem Zustand abgefunden. Die Lage hat sich in den letzten Jahren und Monaten dadurch zugespitzt, dass die Gaullisten fortlaufend an Einfluss verlieren und ohne den General anscheinend zum Zerfall verurteilt sind. Die «Linksgaullisten» haben sich von Pompidou losgesagt. Für die «Rechtsgaullisten» wächst die Versuchung, nach de Gaulle die Macht mit allen Mitteln zu behalten.

Der Maiputsch 1958 ist in diesem Jahr für viele Franzosen nicht nur Erinnerung, sondern auch Mahnung und Warnung. Es gibt gaullistische Kreise, die gegebenenfalls einen neuen Versuch dieser Art starten könnten. Diese Perspektive veranlasst einen Grossteil der französischen Öffentlichkeit zur Wachsamkeit; de Gaulle nahm man in Kauf, man will jedoch nicht den gaullistischen Maiputschisten ausgeliefert sein.

Die Linksföderation (FGDS)

Auf dieser Ebene liegt die Schaffung der FGDS (Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste = Sozialdemokratische Linksföderation). Drei Organisationen sind in ihr zusammengeschlossen:

1. Die SFIO (Sozialistische Partei Frankreichs) unter der Führung von Guy Mollet und Gaston Defferre;
2. Die Radikalen (Freisinnigen) mit den früheren Ministerpräsidenten Félix Gaillard und Maurice Faure;
3. Linksdemokratische Arbeitsgemeinschaften, bekannt als «Clubs» oder «Convention des Institutions Républicaines» (dieser letzten Organisation steht auch François Mitterrand besonders nahe).

Ausserdem will sich ein Teil der Unabhängigen Sozialisten (PSU) unter der Führung von Mendès-France gleichfalls der FGDS anschliessen. Auf parlamentarischer Ebene ist die kleine PSU-Fraktion bereits der Parlamentsfraktion der Sozialdemokratischen Föderation angeschlossen.

Damit ist in Frankreich eine neue Kraft entstanden. Hunderttausende von Linkswählern, die in den letzten Jahren infolge der Zersplitterung überhaupt nicht mehr zu den Urnen gingen, geben jetzt ihre Stimmen der neuen Föderation, die 1965 Mitterrand als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten präsentierte; er erhielt gegen de Gaulle 45 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die Föderation hat ein Grundsatz- und Aktionsprogramm ausgearbeitet, das auf eine eventuelle Regierungsübernahme nach de Gaulle eingestellt ist. Die französische Opposition hat sich somit in relativ kurzer historischer Frist auf Regierungsverantwortung vorzubereiten.

Die Debatte mit der KPF

Dies sind die Grundlagen einer Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei Frankreichs, die nach wie vor zwanzig bis vierundzwanzig Prozent der Wählerstimmen hat, ungefähr soviel wie die Linksföderation. Aussenpolitisch ist die KPF immer noch sehr stark nach Moskau ausgerichtet. Innenpolitisch hat sie sich von ihrem früheren Programm entfernt und – zum Schein oder tatsächlich – sozialdemokratischen Auffassungen genähert. Entscheidend für die Bereitschaft zur Debatte und zu gemeinsamen Aktionen zwischen FGDS und KPF ist schliesslich die besondere Lage Frankreichs, die Ausschaltung der parlamentarischen Demokatrie und die Errichtung eines autoritären Regimes, das faschistische Gefahren in sich birgt.

So kam es zu einem stillschweigenden Abkommen zwischen allen Oppositionsparteien 1965 anlässlich der Präsidentenwahl und zu taktischen Abkommen für die Parlamentswahl 1967. Das Ergebnis war, dass der gemeinsame Linkskandidat Mitterrand (weder Sozialist noch Kommunist, sondern Linksdemokrat) in der Stichwahl gegen de Gaulle 45 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt und somit einen ernsten Anspruch auf Ablösung und Nachfolge anmelden konnte. In der Nationalversammlung konnten die Linksparteien ihre Mandatszahl erheblich vergrössern und mit Hilfe des Zentrums einige Erfolge buchen, insbesondere die Regierung mehrmals in die Minderheit versetzen.

Nach jahrelangen Diskussionen wurde nun Ende Februar 1968 eine Erklärung veröffentlicht, in der die Linksföderation und die Kommunistische Partei zur französischen Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Aussenpolitik gemeinsame Forderungen erheben und zugleich eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten und Gegensätzen feststellen: ein zwanzig Seiten langes Dokument, das im Anhang auszugsweise wiedergegeben ist.

Es handelt sich weder um ein Wahlprogramm noch um das von den Kommunisten seit Jahren geforderte «gemeinsame Regierungsprogramm». Dazu sind die Differenzen zu gross. Dennoch besteht kein Zweifel darüber, dass es unter dem gaullistischen Regime zu einer bemerkenswerten Annäherung zwischen allen Oppositionsparteien gekommen ist.

In der Innenpolitik konstatiert man, dass sich alle Linksparteien, also auch die Kommunisten, grundsätzlich auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung der Fünften Republik stellen und keine Rückkehr zur Vierten Republik wünschen. Nur der Artikel 16 und die damit zusammenhängenden autoritären Vollmachten des Staatspräsidenten werden abgelehnt, zugleich aber Regierungsstabilität und parlamentarisch-demokratische Kontrolle gefordert. Dies ist ein Sieg der sozialdemokratischen Auffassung über vorherige kommunistische Bestrebungen, die gegenwärtige Staatsverfassung durch einen revolutionären Akt aufzuheben. Gemeinsam sind auch eine ganze Reihe von Wirtschafts- und Sozialforderungen, die ebenso von den Zentrumsparteien unterstützt werden.

Entscheidend sind aber die Gegensätze in der Aussenpolitik (siehe Anhang).

Ursachen und Folgen

Als Hintergrund dieser Vorgänge darf man nicht vergessen: de Gaulles autoritäres Regime und seine einseitig ausgerichtete Aussenpolitik haben zu einer Annäherung zwischen allen Oppositionsparteien und insbesondere zu einer Rehabilitierung der Kommunistischen Partei geführt. Typisch dafür ist, dass nicht nur Mollet und Defferre, die unter der Vierten Republik ausgesprochene «Antikommunisten» waren, sondern auch Männer wie Jean Lecanuet als Führer des «christlich-demokratischen Zentrums» schon in der Stichwahl 1965 gemeinsam mit den Kommunisten für Mitterrand und gegen de Gaulle stimmten.

Im gaullistischen Führungslager wachsen die Besorgnisse. Pompidou appelliert in schärfsten Tönen an die kleine Zentrumspartei, die das Zünglein an der Waage ist. Diese erklärt aber ausdrücklich, sie stehe der Sozialdemokratischen Föderation und auch zahlreichen Wirtschafts- und Sozialforderungen der Linksfront näher als dem gaullistischen System.

Für de Gaulles Regime beginnen schwere Zeiten. Die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung ist in Frage gestellt. In neuen Parlamentswahlen könnten die Gaullisten nur noch grössere Einbussen erleiden. Sie

hoffen daher, hauptsächlich die Schlüsselstellung im Elysée zu halten. Aber auch das wird fraglich, wenn es zu einer Konfrontation zwischen Pompidou und Mitterrand kommen sollte. Das Tauziehen um de Gaulles Nachfolge wird dramatisch.

Walter Abegg

Splügenbahn: Schnellbahn mit einem Basistunnel

Zur Gründung des internationalen Komitees für eine Eisenbahn der Zukunft in Europa

In Lecco, Italien, trafen sich am Samstag, dem 6. April 1968, fünf Länder, Italien, Deutschland, Österreich, Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz, zur Gründung des «Internationalen Komitees für die Splügenbahn». Der Rotary Club di Lecco lud uns zur Versammlung in den herrlichen Sitzungssaal der Volksbank von Lecco ein; Eröffnung des Treffens um 9.30 Uhr. Uns Schweizern stellte sich sofort die Frage: Kommen wir mit der Eisenbahn gleichentags dorthin? Leider ist dies *heute* nicht möglich. Wir wurden also auf das Auto verwiesen. Mit der Splügenbahn gemäss vorliegendem Projekt und einer Geschwindigkeit heute von 120 km/h (im Projekt sind Geschwindigkeiten von 160 km/h und höher vorgesehen) hätten wir Lecco von Chur aus in einer Stunde und sechs Minuten erreicht!

Ähnliche Berechnungen stellte zum Beispiel ein deutscher Eisenbahnfachmann an. Heute braucht der schnellste Zug von Mailand nach Augsburg via Gotthard laut Fahrplan genau zehn Stunden und eine Minute. Die Verbindung über die neue Splügenschnellbahn könnte, ebenfalls mit der Geschwindigkeit von 120 km/h gerechnet, in drei Stunden und vierzig Minuten hergestellt werden.

Es ist heute besonders erfreulich, dass wir gerade im SBB-Nachrichtenblatt 4/68 einen Leitartikel mit dem Titel «Die Eisenbahn der Zukunft» vorfinden. Die Eisenbahnen werden darin zu einer neuen Standortbestimmung aufgerufen. Der Artikel zeigt, welche Zukunftsbedeutung der Eisenbahn im fortschrittlichen Japan zugemessen wird. Die Fahrzeitverkürzung ist heute erstes Gebot. Für die Zukunft sind neue Fernstrecken ohne Bahnübergänge für Höchstgeschwindigkeiten von 250 km/h geplant. Wenn wir auch in der Schweiz nicht die gleichen Verhältnisse haben wie Japan, so dürfen wir doch infolge der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung ebenfalls mit einer Verkehrszunahme auf der Schiene rechnen. Wir können dann im Eisenbahnverkehr wenigstens ähnliche Verhältnisse wie Japan schaffen, indem wir das grosszügige Splügenbahnprojekt für Europa verwirklichen.